

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Holger Arppe, Fraktion der AfD

Antisemitische Übergriffe in Mecklenburg-Vorpommern seit 2012

und

ANTWORT

der Landesregierung

In der vergangenen Zeit ist immer wieder von einem Anstieg antisemitischer Übergriffe auf jüdische Mitbürger zu lesen [<http://bazonline.ch/ausland/standard/Die-Rueckkehr-des-Juden-hasses/story/17648613> (abgerufen am: 16.03.2017)]. Ein Teil dieser Übergriffe wird allerdings nicht offiziell als Antisemitismus geführt, sondern unter „politisch motivierter Ausländerkriminalität“ verbucht (Hass und Hetzlieder. Spiegel 31/2016. S. 47).

1. Wie viele antisemitisch motivierte Übergriffe wurden seit 2012 bis heute in Mecklenburg-Vorpommern erfasst (bitte einzeln aufschlüsseln nach Jahr und Herkunft des Täters)?

In der nachfolgenden Tabelle werden die Straftaten der Politisch motivierten Kriminalität dargestellt, die seit 2012 als antisemitisch bewertet wurden.

Jahr	Anzahl antisemitisch motivierter Straftaten	Nationalität der bekannten Tatverdächtigen
2012	18	1 x deutsch
2013	30	8 x deutsch
2014	30	21 x deutsch 1 x syrisch
2015	19	30 x deutsch
2016	39	49 x deutsch
2017	9	6 x deutsch

2. Wie viele Straftaten wurden der „politisch motivierten Ausländerkriminalität“ zugeordnet, die einen antiisraelischen oder antizionistischen Hintergrund besaßen (bitte aufschlüsseln nach Jahren und Herkunft des Täters)?
3. Plant die Landesregierung, „politisch motivierte Ausländerkriminalität“ mit antizionistischem oder antiisraelischem Inhalt in die Statistik antisemitisch motivierter Übergriffe aufzunehmen?
Handelt die Landesregierung bereits entsprechend?

Die Fragen 2 und 3 werden zusammenhängend beantwortet.

Gemäß dem bundesweit abgestimmten Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ werden Straftaten erfasst, wenn sie aus einer antisemitischen Motivation heraus begangen wurden. Eine Bewertung von Straftaten nach antizionistischer oder antiisraelischer Tatmotivation ist nicht vorgesehen.

Die Landesregierung wird auch zukünftig politisch motivierte Straftaten auf der Grundlage des bundesweit abgestimmten Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ erfassen.

4. Beteiligt sich die Landesregierung an der Übermittlung antisemitischer Übergriffe an die „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“ (RIAS)?

Nein.

5. Wird das Thema „Antisemitismus“ bei Integrationskursen aufgegriffen?
- a) Wenn ja, wie wird das Thema angesprochen?
 - b) Wenn nicht, warum wird es nicht thematisiert?

Die Fragen 5, a) und b) werden zusammenhängend beantwortet.

Die Landesregierung verfügt nicht über Informationen, ob das Thema Antisemitismus in Integrationskursen aufgegriffen wird.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist die zuständige Stelle für Integrationskurse. Eine Nachfrage beim BAMF hat folgende Information ergeben: „Das BAMF als Bundesbehörde unterliegt nicht der parlamentarischen Kontrolle durch das Parlament des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Eine freiwillige mögliche Beantwortung ist uns leider aufgrund der sehr hohen Arbeitsbelastung im Bundesamt vor dem Hintergrund der gestiegenen Asylyugänge gegenwärtig nicht möglich.“